

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 47 (1968)
Heft: 3

Artikel: Revolution und nicht Dogma
Autor: Fischer, Alfred Joachim
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347358>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Revolution und nicht Dogma

Kuba heute

Kuba, mit seinen nur sieben Millionen Einwohnern, ist das einzige kommunistische oder nach der offiziellen Terminologie sozialistische Land auf dem amerikanischen Kontinent. Kein geringerer als Fidel Castro, der siegreiche Guerillaführer und spätere Chef der revolutionären Regierung, gab den Auftrag, eine möglichst undogmatische Ideologie herauszuarbeiten. Er selbst zitiert Marx, Engels und Lenin gern, hat sie aber, wie so viele Neukommunisten, wohl nie richtig verdaut. Für diese kleine Partei aus 60 000 Mitgliedern, deren Auslese nach strengsten politischen, gesellschaftlichen und moralischen Prinzipien erfolgt, sind seine Lehren jedoch wichtiger als die des gesamten klassischen Sozialismus' und Kommunismus'. Auf der gleichen Linie liegen die weltanschaulichen Diskussionen, auch in den stark politisierten Schulen. «L'état c'est moi», heisst sinngemäss ins Kubanische übersetzt: «Castro ist der Staat und die Partei».

Dabei verzichtet man nach innen und aussen auf Augenwischerei. Bis heute hat Kuba zwar die üblichen von der KP kontrollierten Massenorganisationen, jedoch keinen Volkskongress oder ein ähnliches Scheinparlament. Wahlen haben seit der Revolution vom 1. Januar 1959 nie stattgefunden. Presse, Rundfunk und Fernsehen sind vollkommen gleichgeschaltet. Dabei hatte Castro am 16. Oktober 1953 in seiner flammenden Selbstverteidigungsrede vor dem Sondergericht in Santiago de Cuba der Batistadiktatur das Fehlen freier Wahlen und einer freien Meinungsäusserung vorgeworfen und beides nach seinem schliesslichen Sieg versprochen.

Freilich sind die neuen Herren nach dem blutigen revolutionären Start weniger unmenschlich als einige der früheren Systeme zwischen Gerardo Machado und Fulgencio Batista. Aber die erschreckende Möglichkeit, sagen wir, auch nur wegen des Verdachtes der Homosexualität verhaftet zu werden und jahrelang ohne Prozess und Urteil eingesperrt zu bleiben, ist durchaus vorhanden, und es gibt bisher keine Generalamnestie für politische Gefangene. Selbst die innerparteiliche Kontrolle bleibt lendenlahm. Praktisch tritt das Zentralkomitee nie zusammen, obgleich eine baldige Sitzung immer wieder vorausgesagt wird. Man vergisst oft, dass Castro 1959 die alte und zeitweise illegale kubanische KP nicht gleich wieder ins Leben rief. Ja, der *maximo lider* (grosse Führer) selbst bekannte sich erst 1961 zum Kommunismus. Noch vier Jahre später fungierte die Regierungspartei, die alle möglichen Organisationen zusammenschloss und oft umbenannt worden war, als «Vereinigte Partei der kubanischen Revolu-

tion». Dann endlich wurde sie, wie Kenner der lateinamerikanischen Region annehmen, unter sowjetischem Druck auch nominell zur KP.

Politbüro und Hierarchie sind dem Major und Dr. iur. Fidel Castro loyal ergeben, nachdem einige ehemalige Führer, Altkommunisten und Partisanenkameraden untertauchten oder eines mysteriösen Todes starben. Nummer zwei in Regierung und Partei ist der Verteidigungsminister und stellvertretende Ministerpräsident Raoul Castro, der die 350 000-Mann-Armee bei dreijähriger Dienstpflicht modern und schlagkräftig gestaltete. Seine alten kommunistischen Wurzeln liegen sehr viel tiefer als die des grossen Bruders Fidel. Unbestritten war er ein genialer Guerillaführer. Jetzt soll der Verteidigungsminister radikalere Massnahmen gutheissen als sein älterer Bruder und auch lange gegen die humanere Behandlung der auf 30 – 60 000 politischen Gefangenen opponiert haben. Mehr und mehr werden sie zur Landarbeit herangezogen und erhalten sogar einen gelegentlichen kurzfristeten Familienurlaub. Der zweite Mann im Staate heiratete Wilma Espin, von Haus aus Ingenieurin. Während der Kampfzeit war die sehr schöne und weiblich wirkende Frau unter dem Decknamen «Debora» seine politische Ratgeberin. Nunmehr wurde Wilma der Vorsitz des «Verbandes der kubanischen Frauen», einer der stärksten Massenorganisationen, anvertraut.

Armando Hart ist der ziemlich weiche Organisationssekretär der Partei. Seine desto energischere Frau, Haydee Santamaria, leitet das Amerikahaus in Havanna, in dem sich unter harmlos klingenden Vorwänden, wie Propaganda und lateinamerikanischer Kulturaustausch, viele revolutionäre Fäden über die ganze Region spinnen. Sie und ihre Freundin Melba Hernandez beteiligten sich an dem missglückten Castroputsch vom 26. Juli 1953 – als einzige Mädchen neben 163 jungen Männern. Auch Melba ging nicht leer aus. Da Vietnam im Mittelpunkt der ganzen kubanischen Polemik steht und «Wir brauchen noch zehn Vietnams!» das populärste Schlagwort ist, hat ihre Position grosse Bedeutung: «Leitung des Kampfes für den Vietkong und Ho T'schi Minhs nordvietnamesische Republik».

Eine Schlüsselfigur unter den Verschworenen aber bleibt Celia Sanchez, die Tochter eines bekannten Arztes. Fidel Castros erster weiblicher Rekrut und nun schon längst seine Lebensgefährtin. Gleichzeitig Sekretärin – sprich Staatssekretärin – des Regierungschefs und des Staatspräsidenten Osvaldo Dorticos, muss sie zu allen wichtigen Verabredungen Ja sagen und der Überreichung der Beglaubigungsschreiben sämtlicher Botschafter und Gesandten beiwohnen. Ihre Stimme hat wohl das grösste Gewicht, abgesehen von den Brüdern Castro. Präsident Dorticos, ein Altkommunist, lenkt den wirtschaftlichen Planungsrat, nachdem sich Fidel für mehr bürokratische Aufgaben wenig interessiert. Auch dient er gelegentlich als Blitzableiter, wenn sich die Sowjets und andere durch Äusserungen des *maximo lider* brüskiert fühlen. Weder von ihm noch vom eisernen Innenminister Ramiro Valdez geht jene Ausstrahlungskraft aus, die ein auf der perma-

nenten Revolution basierendes Regime lebenswichtig braucht. Kein anderer als Fidel kann sie bieten. Eben deswegen ist er so unersetzlich und konkurrenzlos.

Da ihm aber nach eigenen Geständnissen (Briefwechsel von 1954) die Macht über alles geht, wird dennoch jedes Risiko vermieden. Nicht nur der innerste Kreis, sogar die lokalen Parteisekretäre, und die von der KP strikt kontrollierten Gewerkschaftsfunktionäre, sind eine Elite aus den Getreuesten unter den Getreuen. Seit einiger Zeit werden sie in jeden Betrieb, vor allem aber auch in die Universitäten und Schulstädte, hineingeschleust. Es befinden sich hochgebildete junge Leute mit jahrelanger US-College-Erziehung darunter. Getreu dem Ausleseprinzip besteht ihre Aufgabe viel weniger in der Mitgliederwerbung als in allgemeiner Propaganda und Überwachung. Menschen dieser jungen Generation sind fast immer die Paladine des *maximo lider*, der selbst gerade das vierzigste Lebensjahr erreicht hat. Minister, Botschafter, Gesandte, Generalkonsuln und Konsuln in den Zwanzigen bilden eher die Regel als die Ausnahme. Die «Komitees zur Verteidigung der Revolution» haben u. a. ähnliche Aufgaben wie seinerzeit der Nazideutsche Haus- und Blockwart.

Kubas Regierung nennt sich eine revolutionäre Regierung. Überhaupt steht «Revolution» im Vokabular der Castroisten an oberster Stelle. Gedehnt und geniesserisch verwendet sie Fidel selbst dutzendemale in seinen endlosen Reden, und die ganze Führerschaft kopiert das. Schon die äussere Erscheinung soll den lebendig gebliebenen revolutionären Elan unterstreichen, und Fidel trägt nach wie vor die olivengrüne Uniform des Guerillakämpfers der Sierra Maestra.

Alles geschieht im Namen der Revolution. Der gewonnene Kampf gegen den Analphabetismus – da kann Kuba sogar bessere Resultate als die USA aufweisen und wurde deswegen von der UNESCO belobt – ist eine revolutionäre Errungenschaft. Die wohl zu hundert Prozent durchgeführte Schulpflicht, die neuen Schulgebäude und Schulstädte, der trotz Mangel an Medikamenten und Ärzten erstaunlich verbesserte Gesundheitsdienst mit Krankenhäusern und Ambulanzen selbst in abgelegensten Orten, sind es gleichfalls. Die 150–180 000 *Becados*, eine verwöhnte Staatsjugend aus Stipendiaten, fühlen sich als revolutionäre Vorkämpfer. Ja, der Gesamtunterricht ist eine Vorschule der Revolution.

Kurz, die Innenpolitik des Castroismus' ist vollkommen darauf abgestimmt, den Geist der Sierra Maestra, koste es was es wolle, lebendig zu erhalten. Jene Kinder und Jugendlichen, die damals Fidel in die Berge folgten, gehören vornehmlich der Mittelklasse an, während die Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften ihm den Generalstreik verweigerten. Nichtsdestoweniger wurde gerade diese Mittelklasse zum Stiefkind der revolutionären Regierung.

Man hat nur die Latifundien enteignet, sonst aber Kleinbauern bis zu einem Landbesitz von 67 Hektar nicht angetastet. Alle anderen Kinder-

krankheiten jüngerer kommunistischer Staaten wurden jedoch wiederholt. Nicht Fachleute lenken die Verwaltung, die Wirtschaft, den verstaatlichten Teil des Agrarsektors und die sozialisierten Fabriken, sondern unbewährte und meist viel zu junge Revolutionäre, und der ganze Apparat läuft entsprechend schlecht und unorganisiert.

Revolution in nur *einem* Land auf dem amerikanischen Kontinent ist nicht Castros Endziel. Daraus ergeben sich neuerdings die Differenzen mit der Sowjetunion. Das gegenseitige Verhältnis hatte seine Auf's und Abs. Als Chruschtschew im Herbst 1962 die Raketen aus Kuba abzog, sank Fidels früher ausgezeichnetes persönliches Verhältnis zu Chruschtschew auf einen Tiefstand. Wirtschaftliche Momente mögen hinzugekommen sein. Chruschtschew hatte Kuba vor jeder Industrialisierung grösseren Massstabes abgeraten und der Insel die Aufgabe des Zuckerlieferanten für den gesamten Ostblock zugewiesen. Die dazugehörige Mechanisierung sollte Sache der Sowjetunion sein. Nur wurde dieses Versprechen, vor allem auch unter Nikitas Nachfolgern, unzureichend erfüllt – bei oft enttäuschender Qualität der Maschinen. Ausserdem ist die erneuerte Zuckermonokultur kein reiner Segen, vielmehr wieder eine Quelle der Abhängigkeit, diesmal von Russland, das den dreifachen Weltmarktpreis bezahlt und nicht mehr den Vereinigten Staaten wie bis zur Revolution.

Die USA, der benachbarte Koloss, liegen nur siebzig Seemeilen entfernt – und die Schweinebucht-Invasion vom 19. April 1961, mag sie auch missglückt sein, bleibt eine unvergessene Warnung. Nach wie vor besteht die Blockade fort, deren Durchführung immer mindestens ein US-Kriegsschiff in Sicht des Havannaer Hafens beobachtet. Freilich wird sie durchbrochen und teilt damit das Schicksal aller Embargos. Nichtkommunistische Länder wie Kanada, Grossbritannien, Spanien und Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland sind ziemlich rege Handelspartner der Zuckerrepublik. Dennoch bestreitet die westliche und ungebundene Welt gerade zwanzig Prozent des kubanischen Aussenhandels.

Die Blockade kann Kuba nicht in die Knie zwingen, bereitet jedoch beträchtliche Schwierigkeiten, schon deswegen, weil noch 1959 vom Auto bis zum Fernsehapparat und der Waschmaschine beinahe nur Güter «made in USA» gekauft wurden und die Ersatzteile bitter fehlen! Auch die Lebensmittelrationen sind äusserst karg und nicht einmal garantiert.

Washingtons interamerikanischer Einfluss geht so weit, dass es in dieser Sphäre nur Kanada und Mexiko wagten, die Beziehungen mit Kuba nicht abubrechen und gegenseitige konsularische und diplomatische Vertretungen aufrechtzuerhalten. Aus der OAS (Organisation amerikanischer Staaten) wurde Castros Republik hinausgeworfen. Sie beschliesst eine antikubanische Resolution nach der anderen, denen durch Uneinigkeit noch keine praktischen Schritte folgten.

Zwar hat die OLAS, die Lateinamerikanische Solidaritätsorganisation, ihren Sitz in Havanna und hielt dort den letzten Kongress am 28. Juli

1967 ab. Jedoch besteht sie nur aus linksextremen, revolutionären Organisationen, die OAS dagegen aus souveränen Ländern und Regierungen mit den dazugehörigen Machtmitteln. Eben um diesen Zustand zu revidieren, will Kuba die Revolution Castro'scher Prägung nach dem übrigen Lateinamerika tragen. Es kalkuliert damit, dass auch für den Kreml ein kommunistischer lateinamerikanischer Staatenbund weit interessanter sein müsste, als eine einsame Insel. Dieses ganze Bestreben wird durch die Dreikontinente-Organisation (Asien, Afrika und Lateinamerika) – gleichfalls Sitz in Havanna – gewissermassen repräsentativer und globaler. Ihre Polemik gegen Israel, gegen alle «imperialistischen Mächte» gegen Kapitalismus, Kolonialismus und Neokolonialismus ist von kompromissloser Härte. Sie forderte, dass Vietnam zum Friedhof der amerikanischen Luftwaffe werden sollte, was die Aufstellung einer internationalen Brigade voraussetzen würde.

Hier winkte die Sowjetunion, die auch die kubanischen Vorwürfe über das Ausbleiben aktiver militärischer Hilfe für die Araber während der jüngsten Mittelost-Krise nur schwer ertrug, unmissverständlich ab. Kossygin's Kubabesuch – unmittelbar nach dem Treffen mit Lyndon Johnson im Sommer 1967 – hatte wohl nur den einen Zweck, bei Castro mindestens grössere Zurückhaltung zu erreichen. Bedenkt man, dass die Sowjetunion täglich eine Million Dollar zuschustert, damit Fidels Regime am Leben bleibt, so war der kühle Empfang, dem allerdings ein herzlicherer Abschied folgte, ein desto deutlicheres Zeichen tiefgehender kubanischer Missstimmung. Vietnam kostet die USA sechzigmal mehr pro Tag, und das rote Kuba kann mit dem sowjetischen Zuschuss auch beileibe keine grossen Sprünge machen, müsste aber ohne ihn zugrundegehen.

Fidel Castro darf den Kreml bis zu einem gewissen Punkt kritisieren. Ein Bruch wäre für ihn untragbar. Bei allem revolutionären Elan wird er die sowjetische Drohung, man würde sich nach dem Araber-Fiasko in keine neuen lateinamerikanischen Abenteuer hineinmanövrieren lassen, ernst nehmen müssen. Fidel weiss auch, dass der Kreml, falls sie schief ausgehen, unter keinen Umständen bereit wäre, nachträgliche Schützenhilfe zu leisten.

«Mit dem Herzen in Peking, mit dem Magen in Moskau» – diese stilistisch reizvolle Bemerkung hat ein schlecht informierter ausländischer Diplomat geprägt. Freilich gibt es Gemeinsames, so der Drang nach totalitärer Schul- und Jugenderziehung und die Bejahung der Revolutionen und nationalen Befreiungskriege. Damit ist aber gleich die Konkurrenzfurcht verbunden. Nichts würde Castro, der sich als Messias, Lenin oder wenigstens Nasser der ganzen Region fühlt, mehr gegen den Strich gehen, als ein grosser Einfluss Maos in Lateinamerika.

Als Rotchina 1966 die Reislieferungen nach Kuba beschnitten hatte und dadurch die Ration dieser wichtigsten Grundnahrung pro Kopf und Monat von sechs auf drei Pfund reduziert werden musste, wäre es sogar

beinahe zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen gekommen. Mit Spanien und Portugal bestehen sie mehr als korrekt fort – ein Musterbeispiel des Pragmatismus.

Am 9. Oktober 1967 war Dr. Ernesto Che Guevara, der argentinisch geborene, zweite Mann der kubanischen Revolution, als Guerillakämpfer von der bolivianischen Armee gefangengenommen – und hinterher ermordet worden. Dieses von Fidel als nationale Tragödie betrauerte Ereignis brachte keine politische Wendung. Nach wie vor wird alles getan, um die Revolution castroischer Prägung über Lateinamerika und womöglich auch Asien und Afrika zu verbreiten. In seinem jüngsten Interview mit Herbert Matthews, dem amerikanischen Journalisten und früheren Redaktionsmitglied der «New York Times», äusserte sich der *maximo lider* sehr hart über die Sowjetunion, weil sie diesen Befreiungskrieg immer noch nicht unterstützte. Erneut geisselte er den «Mangel an sozialistischer Solidarität» und fügte hinzu «Sie sollten Regierungen nicht helfen (Handelsbeziehungen), die versuchen, uns zu vernichten. Hohe kubanische Funktionäre wurden wegen ihrer «pro-Moskauer» Linie verhaftet.

Auch das Trauma einer kapitalistischen Reorientierung der Sowjetunion kam wieder zum Ausdruck. Von Castro wird ja die Gewährung eines finanziellen Anreizes, wie sie Libermann empfiehlt, als Auswuchs des Revisionismus strikt abgelehnt. (Was auf seiner Zuckerinsel zu einer – die persönliche Initiative lähmenden – Nivellierung der Löhne und Einnahmen führte.) Matthews gegenüber sagte Castro sogar voraus, dass die Kubaner bald überhaupt kein Geld mehr nötig haben würden und einem Paradies der Überfülle entgegensteuerten.

Die Frage, ob er ein besseres Verhältnis mit den Vereinigten Staaten für möglich halte, wurde mit einem einzigen Wort beantwortet: «Unmöglich». Wer Castros pragmatische Linie richtig einschätzt, sollte diese brüske Bemerkung nicht allzu tragisch nehmen. Zwar wird die Revolution national dadurch gerechtfertigt, dass sie die Kontrolle der USA über die kubanische Wirtschaft abschüttelte. Aber das sind *tempi passati*. Nach Lösung des Vietnamproblems könnte der *maximo lider* durchaus an einer Normalisierung der Beziehungen mit Washington interessiert sein. Ja, es scheint nicht ausgeschlossen, dass er ihr, dann nicht mehr an fortgesetzter Spannung interessiert, sogar die Faustpfänder OLAS und Dreikontinente-Konferenz opfern würde.